6 Anfragen (schriftlich)

6.1 Lärmschutzmaßnahmen Steinbergstraße

Gemeinderat Christian Sikora, KPÖ stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Jahre 2014 stellte ich an den Grazer Gemeinderat den Antrag einer Tonnagenbeschränkung entlang der Steinbergstraße auf Grazer Stadtgebiet. Dieser wurde im Grazer Gemeinderat einstimmig angenommen. Das Land Steiermark, zuständig für Landesstraßen im Stadtgebiet, hat jedoch über den Antrag negativ entschieden. Nach Eröffnung der BR.t\1-Deponie in der Gemeinde Thal bei Graz nahmen die Bewegungen von Schwerlastkraftwagen entlang der Steinbergstraße in besorgniserregendem Ausmaß zu. Die Folgen sind extrem vermehrte Lärm-, Staub- und Verkehrsbelastungen für AnrainerInnen sowie für den an der Steinbergstraße gelegenen Kindergarten und ein SeniorenInnenheim, welche allesamt unter den Belastungen und der Gefährlichkeit der Schwerkraftfahrzeuge stark leiden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende Anfrage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, in Ihrer Funktion als

Bezirkshauptmann des Grazer Stadtgebietes in Form einer Petition an das Land

Steiermark heranzutreten, damit die verantwortlichen Stellen so rasch wie möglich die Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen, besonders Flüsterasphalt und

Lärmschutzwände, entlang der Steinbergstraße in die Wege leiten?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.2 Park am Reinbacherweg

Gemeinderat Christian Sikora, KPÖ stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Auf der einen Seite der Verschubbahnhof, auf der anderen Seite die Wiener Straße, dann noch ein stark frequentierter Einkaufsmarkt und eine Zufahrt zu zwei Firmen. Die BewohnerInnen des Reinbacherweges in Gösting stöhnen unter den enormen Umweltbelastungen.

Für die BürgerInnen gibt es in der Umgebung keinen Platz für Erholung und Ruhe. Nur spärlich gibt es kleine Spielflächen für Kinder, von einer geeigneten Hundewiese ganz zu schweigen.

Gegenüber den Mehrparteienhäusern des Reinbacherweges liegt ein der ÖBB gehörender nicht genutzter großer Grünbereich einer ehemaligen Glasfabrik. Diese Fläche könnte von der Stadt Graz gepachtet oder gekauft und zu einem Park adaptiert werden. Das Gelände würde für einen dringend notwendigen Rückzugsort für Bewohnerinnen, einen großzügigen Spielplatz für Kinder sowie eine Hundewiese genügend Platz bieten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage:

Sind Sie bereit, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Punkte prüfen zu lassen bzw. mit den ÖBB Gespräche aufzunehmen, um zu klären, ob ein Ankauf bzw. eine Pacht des besagten Grundstückes durch die Stadt Graz zur Realisierung einer Parkanlage auf dem Gelände am Reinbacherweg möglich ist?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.3 Ausweitung Altstadtbim und Einführung Kurzstreckentickets Gemeinderat Michael Ehmann, SPÖ stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Der Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel scheitert oftmals an zwei Hürden: Am Preis und an dem Vorurteil, mit dem ÖV unterwegs zu sein, wäre nicht bequem. Und auch wenn wir alle überzeugt sein mögen, dass diese beiden Erklärungsmuster der rein

subjektiven Wahrnehmung von Nicht-ÖV-Nutzerlnnen entspringen, objektiv gesehen beides nicht oder maximal nur sehr bedingt stimmt, gilt es doch, dem gegenzusteuern. Und zwar, indem man die Schwelle noch niedriger ansetzt, das Um- und damit Einsteigen noch schmackhafter macht. Zum einen ginge das etwa über eine Ausweitung der sogenannten Altstadt-Bim zumindest bis zum Roseggerhaus. Dies deshalb, weil - und da muss man Wirtschaftstreibenden Recht geben - damit die Annenstraße vielleicht ein wichtiges Stück näher in den Blickpunkt gerückt werden könnte. Und gerade die (Wieder-) Belebung der Annenstraße gilt ja doch als eines der zentralen Anliegen. Und zusätzlich wäre die Ausweitung der Altstadtbim auch deshalb interessant, weil die Haltestelle Roseggerhaus natürlich kein unwesentlicher Verkehrsknoten ist. Zum anderen wäre es sinnvoll, dass endlich insgesamt ein vernünftiges ÖV-Kurzstreckenticket aufgelegt wird. Vor allem auch in den Außenbezirken überlegen es sich bestimmt viele Menschen zweimal, ob sie drei, vier Stationen zum Arzt, in die Apotheke, zum Nahversorger mit dem Öffi fahren sollen oder doch lieber das Auto nehmen. Und Hand aufs Herz: Bei einem Ticketpreis von 2,30 Euro für vielleicht eine, zwei oder drei Stationen braucht man wahrscheinlich nicht lange nachzudenken - da steigen die wenigsten in den Bus oder in die Tram. Was auch insofern schade ist, als damit der eine oder andere potentielle künftige Dauerfahrgast verloren gehen könnte - denn vielleicht käme manch Gelegenheitsfahrgast über die günstige Kurzstrecke auf den Geschmack, eine "intensivere" Öffi-Beziehung einzugehen und könnte so schlussendlich sogar für ein Monats-, Halbjahres- oder Jahresticket gewonnen werden. Es kommt ja wohl nicht von ungefähr, dass in vielen Bereichen und Branchen über Schnupperangebote eine KundInnenbindung auf Dauer angestrebt wird - vielleicht hätten Kurzstreckentickets um beispielsweise 50 Cent bis 80 Cent für maximal vier Stationen eine ähnliche "Sogwirkung".

In diesem Sinne stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage, ob du bereit bist, auf die verantwortlichen Stellen im Haus Graz wie auch im Verkehrsverbund einzuwirken,

damit gemäß Motivenbericht Überlegungen betreffend einerseits eine Ausweitung der Altstadtbim und andererseits die Einführung von Kurzstreckentickets angestellt werden.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.4 Pilotprojekt "Barrierefreie Müllkübel" Gemeinderat Michael Ehmann, SPÖ stellt folgende Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Oft sind es scheinbare Belanglosigkeiten, die große Wirkung haben. Beispiel Müllentsorgung: Die wenigsten denken daran, dass etwa für Kinder, für ältere Menschen, RollstuhlfahrerInnen oder kleinwüchsige Personen die gängigen Müllkübel eine große Hürde darstellen: Die Einwurfhöhe ist schwer erreichbar, Ähnliches gilt für den Deckelgriff. In einigen deutschen Kommunen hat man darauf bereits reagiert und setzt vermehrt auf barrierefreie Abfallkübel. Durch ein Gestell mit Einbaufuß werden dort 240 Liter-Tonnen um 32 Grad nach vorne geneigt, so dass die Einwurfhöhe auf 85 Zentimeter reduziert werden kann - ein laut Expertinnen und Experten barrierefreies Maß, das RollstuhlfahrerInnen, Kindern, älteren Menschen zugutekommt. Wobei durch diese Schräge nicht nur die Einwurfhöhe verringert wird, damit lässt sich natürlich auch der Deckel der Mülltonne leichter anheben. Gerade angesichts des Umstandes, dass ein Aktionsschwerpunkt "Sauberes Graz" gestartet wurde, wäre es sicher ein besonderes Zeichen, bedarfs- und zielgruppenorientiert in die Tiefe zu gehen und auch hier Überlegungen in Bezug auf Barrierefreiheit Platz greifen zu lassen. So könnte beispielsweise ein vergleichbares Pilotprojekt mit nach vorne geneigten Müllkübeln in der Nähe von Pflegeeinrichtungen, von Wohnanlagen mit seniorInnengerechten bzw. barrierefreien Wohnanlagen gestartet werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz die Anfrage:

- a. Inwieweit wurden seitens der Stadt Graz nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem Schwerpunkt "Sauberes Graz" spezielle Überlegungen/Initiativen in Hinblick auf barrierefreie Maßnahmen gesetzt und
- b. bist du bereit, auf die zuständigen EntscheidungsträgerInnen/Stellen im Haus Graz einzuwirken, dass zumindest an dafür besonders prädestinierten Örtlichkeiten (z.B. im Bereich von Pflegeeinrichtungen, von SeniorInnenwohnanlagen, im Umfeld von Wohnanlagen mit barrierefreien Wohnungen) Pilotversuche gestartet werden, bei denen barrierefreie Mülltonnen gemäß Motivenbericht zum Einsatz kommen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.5 Lückenschluss Gehweg Weiberfelderweg

Gemeinderat Mag. Gerald Haßler, SPÖ stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Vor einigen Jahren wurde am Weiberfelderweg in Graz Straßgang im Abschnitt zwischen der Martinhofstraße und der Straßganger Straße ein Gehweg errichtet. Leider wurde im Zuge dieser Gehwegerrichtung ein ca. 100 Meter langes Teilstück freigelassen. Begründet wurde das damals damit, dass dieser Bereich noch nicht verbaut war und die Stadt Graz somit die für die Gehwegerrichtung benötigte Grundfläche käuflich hätte erwerben müssen. Nunmehr wurde vor ca. 2 Jahren in diesem Abschnitt ein Bauträgerprojekt fertiggestellt. Die für den Lückenschluss des Gehweges benötigte Fläche wurde an die Stadt Graz abgetreten. Trotz Einwand und Forderung der Bezirksvertretung wurde dem Bauträger im Zuge des Bauverfahrens die Errichtung des Gehweges nicht vorgeschrieben. Obwohl die neuen Wohnobjekte seit geraumer Zeit genutzt werden, besteht die Gehweglücke daher noch immer. Die

Situation für die Gehwegnutzer hat sich seit Fertigstellung des Bauvorhabens sogar massiv verschlechtert, weil der Straßenrand jetzt häufig als Parkplatz verwendet wird und die Gehwegnutzer in diesem nicht ausgebauten Abschnitt nunmehr vom Straßenrand in die Fahrbahn verdrängt werden.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage:

Bis wann ist mit dem Gehweglückenschluss am Weiberfelderweg zu rechnen und bist du bereit, auf die zuständigen Stellen einzuwirken, damit diese Gefahrenstelle für die Fußgänger möglichst rasch beseitigt wird?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.6 Verbesserung der Verkehrssicherheit am Schwarzen Weg Gemeinderat Mag. Gerald Haßler, SPÖ stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Vor ca. 5 Jahren wurde die seit Jahren bestehende Schallschutzwand am Weblinger Gürtel an die Nordseite des Schwarzen Weges verlegt und eine direkte Anbindung vom Fachmarktzentrum Webling an den Schwarzen Weg geschaffen. Diese Anbindung war zwar in den ursprünglichen Bebauungsplänen bereits vorgesehen, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Autobahnbegleitstraße von Seiersberg bis zum Weblinger Gürtel durchgehend errichtet wird und die Ostseite des Schwarzen Weges als verkehrsberuhigte Sackstraße umfunktioniert werden kann. In der Praxis stellen nun diese neuen Maßnahmen eine erhebliche Belastung für die Anrainer dar. Zum einen hat der Verkehr am Schwarzen Weg durch die Schaffung einer direkten Ausfahrt zugenommen und zum anderen erweist sich die neue Lärmschutzwand als Gefahrenquelle, weil sie viel zu knapp an den Schwarzen Weg herangebaut wurde. Dieses Problem spitzt sich im Bereich Weizenweg dramatisch zu. Es ist dort unmöglich,

mit dem Kinderwagen bzw. einem Kleinkind diesen Bereich zu begehen. Schon das Begehen als Einzelperson ist sehr gefährlich.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz die Anfrage:
Bis wann ist mit einer Fertigstellung der A9-Autobahnbegleitstraße zu rechnen und bist du bereit, kurzfristig dafür Sorge zu tragen, dass sich die ExpertInnen der betroffenen städtischen Ämter zusammensetzen, um Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die zu einer raschen Verbesserung der Verkehrssicherheit am Schwarzen Weg insbesondere für FußgängerInnen und Radfahrer führen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6.7 Advent in Graz Marktpartner

Gemeinderat Niko Swatek, Bsc, Neos stellt folgende Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Siegfried Nagl, der Rechnungshof hält in seinem Bericht "Nutzung des öffentlichen Raumes in der Landeshauptstadt Graz" aus dem Jahr 2013 einige interessante Informationen rund um "Advent in Graz" fest. Laut Rechnungshofbericht waren Standorte für "Advent in Graz" an privatwirtschaftlich agierende Unternehmen und Vereine aus dem Veranstaltungsbereich vermietet. Diese waren für Organisation, Vergabe der Marktstände an einzelne Standbetreiber, Aufbau und Ablauf verantwortlich. Eine Neuausschreibung dieser Marktpartner war für das Jahr 2014 vorgesehen. Um einen genaueren Einblick rund um "Advent in Graz" zu bekommen, bitte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

- Werden Sondermärkte im öffentlichen Gut wie die Veranstaltung "Advent in Graz" nach wie vor von der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH abgewickelt?
 Wenn "Nein", wer wickelt diese jetzt ab?
- o Wie viele Standorte umfasst "Advent in Graz"?
- Kam es 2014, wie im Rechnungshofbericht erwähnt, zur einer Neuausschreibung für Marktpartner?
- o Welche Abgaben, Beiträge etc. werden von den Marktpartner verlangt?
- o Wird durch das Citymanagement nach wie vor ein Marketingbeitrag eingehoben?
- Wie hoch war der Marketingbeitrag des Citymanagements im Jahr 2015, 2016,
 2017 für die jeweiligen Branchen und Standorte?
- Wie hoch waren die Einnahmen durch den Marketingbeitrag gesamt?
- Werden Marketingbeiträge der Citymanagement gestaffelt nach Standort und Branche verrechnet? Wenn "Nein", wieso ist dies trotz Empfehlung des Rechnungshofes nicht geschehen?
- Wie hoch sind die Gesamteinnahmen der Stadt Graz und ihrer Unternehmen durch "Advent in Graz"? Ich bitte um eine Aufgliederung der unterschiedlichen Einnahmen mit jeweiliger Höhe.
- Verzichtet die Stadt Graz nach wie vor auf die Einhebung des Entgelts für die Benützung des öffentlichen Gutes? Wenn "Ja", wie hoch ist der geschätzte Einnahmenentfall?
 - Wenn "Nein", wie hoch sind die Einnahmen durch das Entgelt pro Standort?
- Verlangen die Marktpartner nach wie vor eine Miete für Marktstände von den Betreibern?
- Ist die Höhe der Miete, die die Marktpartner den Standbetreibern weiterverrechnen, der Stadt Graz bekannt? Wenn "Ja", wie hoch ist diese im Durchschnitt pro Standort? Wie hoch ist die niedrigste Miete und wie hoch ist die teuerste Miete pro Standort?
- Ist der Stadt Graz eine Prüfung des wirtschaftlichen Erfolgs bzw. der
 Angemessenheit der Marketingbeiträge im Vergleich zur tatsächlich verrechneten
 Standmiete, wie im Rechnungshofbericht, mittlerweile möglich? Wenn "Ja", wie?

Wenn "Nein", wieso wurde hier trotz Empfehlung des Rechnungshofes keine Reform angegangen?

- o Hat die Stadt Graz ein Einsichtsrecht in die Gebarung der Marktpartner?
- Sind der Stadt Graz verbilligte Mieten oder gar ein Mietentfall bei ehrenamtlichen,
 nicht gewinnorientierten Standbetreibern bekannt?
- Gibt es Förderungen der Stadt Graz für ehrenamtliche und nicht gewinnorientierte
 Standbetreiber?
- Wer sind die Marktpartner der Stadt Graz? Ich bitte um eine genaue Auflistung der etwaigen Privatpersonen, Vereine oder Unternehmen.
- o Gab es seit 2014 eine neuerliche Ausschreibung der Marktpartner?
- o Für wann ist die nächste Ausschreibung der Marktpartner geplant?
- o Sind für die nächste Ausschreibung der Marktpartner Reformen geplant?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.